

Im Namen der Menschenwürde

Organisation des „Centre de rétention“ beschlossen

Bereits am 24. August 2007 hatte das Parlament den Bau eines Zentrums für Verwaltungsgewahrsam beschlossen. Als Standort war ein Gelände nahe dem Flughafen Findel zurückbehalten worden. Mit dem Bau des Zentrums soll demnächst begonnen werden.

Das „Centre de rétention“ wird einerseits Personen aufnehmen, die des Landes verwiesen werden, weil sie sich ohne gültige Papiere in Luxemburg aufhalten. Andererseits sollen abgewiesene Asylbewerber im Zentrum untergebracht werden, wenn der begründete Verdacht besteht, dass sie sich der Rückführung in ihre Heimatländer widersetzen könnten.

Gestern stand nun das Gesetz über die Funktionsweise des Abschiebezentrums im Hohen Haus zur Debatte. Bei der internen Organisation wurde Wert darauf gelegt,

dass die Menschenwürde der Insassen zu jeder Zeit gewahrt bleibt, so Berichterstatter Marc Angel (LSAP). Tagsüber können sich die Insassen beispielsweise frei innerhalb des Zentrums bewegen. Dass die Menschenwürde gewahrt bleibt, war auch eine zentrale Forderung der Menschenrechtskommission: Bei den Betroffenen handelt es sich nämlich nicht um Kriminelle, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, wie die Redner aller Parteien immer wieder betonten. Auch sollte man nur in Ausnahmefällen auf die Unterbringung im Zentrum für Verwaltungsgewahrsam zurückgreifen, und dies für einen möglichst kurzen Zeitraum.

Ein multi-disziplinäres Team wird sich um die psychologische und die soziale Betreuung der Insassen kümmern. Vom Know-how

des Betreuungspersonals wird es abhängen, ob das Zentrum erfolgreich funktioniert. Um den Freiheitsentzug für die Betroffenen erträglicher zu gestalten, sollen unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden. Auch besteht die Möglichkeit einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen, allerdings fällt der Lohn nur gering aus.

Im „Centre de rétention“ sind mehrere Abteilungen geplant. So werden etwa Männer und Frauen sowie Familien mit Kindern getrennt untergebracht. Für Minderjährige und gefährdete Personen, etwa für Folteropfer und Behinderte, sollen besondere Regeln gelten.

Mit dem Bau des „Centre de rétention“ wird ein Schlusstrich unter eine viel kritisierte Situation gezogen: Bislang mussten mangels angemessener Struktur die abgewiesenen Asylbewerber und die Illegalen im Block P2 im Gefängnis in Schräglage untergebracht werden. (DS)